



Aus Überzeugung

Der Freie Wähler **Michael Piazzolo** ist Mitte 50. In seiner Kindheit waren kleine Wetterhäuschen modern. Schien die Sonne, drehte sich eine strahlende Frauenfigur aus der Tür, und wenn der Himmel weinte, ein Männchen mit Regenschirm. An dieses Wechselspiel fühlte sich Piazzolo mit Blick auf die CSU erinnert. Ob für oder gegen den Euro, für oder gegen den schnellen Brexit, für oder gegen mehr fordernde als fördernde Integration – bei fast jeder Frage habe die CSU eine Sonnenfrau und einen Regemann. Nur einer habe ein Wetterhäuschen für sich allein: Ministerpräsident **Horst Seehofer**. Der schaffe es mit seiner Wetterwendigkeit, Sonnenfrau und Regemann in einem zu sein. (jum)

Aus Erfahrung

Auf Initiative von SPD und Grünen haben sich die Fraktionen auf eine mit Experten besetzte Enquete-Kommission zur Klärung von Fragen der Integration von Flüchtlingen verständigt. Auf Wunsch der CSU soll es dabei auch um die Leitkultur gehen. Für den Vorsitz hat die SPD turnusgemäß das Zugriffsrecht, sie wird dafür ihren Abgeordneten **Arif Tasdelen** nominieren. „Als erster Migrant im bayerischen Parlament kennt Arif Tasdelen die Hemmnisse und Chancen der Integration aus eigener Erfahrung“, begründete **Markus Rinderspacher** den Personalvorschlag. Tasdelen war vor rund 40 Jahren als Gastarbeiterkind aus der Türkei nach Bayern gekommen. (jum)

Aus Verzweiflung

Der Grüne **Christian Magerl** war baff. „Das ist mir in über 25 Jahren im Landtag noch nicht vorgekommen“, staunte der Chef des Umweltausschusses. Das Gremium hatte über Petitionen für und wider den Bau eines Schweinestalls zu beraten. Doch anstatt dafür eine Entscheidungshilfe der Fachleute aus der Staatsregierung zu bekommen, stritten sich zwei Vertreter des Umwelt- und des Agrarministeriums auf offener Bühne über die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens. Ergebnis: Ein auf die Schnelle nicht auflösbares Patt. Magerl also vertagte die Angelegenheit und bat die Experten, sich binnen 14 Tagen zu einigen. Wie es aussieht, werden sie dafür einen Schlichter von der Güte des Königs Salomon brauchen. (jum)



Bundespräsident Joachim Gauck (Dritter von links) stellt sich bei Maierhöfen zum Abschluss seines Besuchs der internationalen Militärübung 4-Peace Central Europe mit UN-Soldaten zum Gruppenbild auf. Bild: dpa

Worte statt Waffen

Joachim Gauck ist selbst ein Mann des Wortes. Beim Besuch eines Bundeswehrlehrgangs lobte der Bundespräsident die Militärbeobachter als Friedensstifter, die mit Dialog statt mit Drohnen Gefechte führen.

Isny/Maierhöfen. (dpa) Bei einer Übung für Militärbeobachter hat Bundespräsident Joachim Gauck deren „friedensstiftende“ Bedeutung betont. „Sie wissen, dass ich seit Längerem für eine stärkere Verantwortung

Deutschlands weltweit werbe“, sagte Gauck am Montag bei einem Besuch eines Bundeswehrlehrgangs im Landkreis Ravensburg und im benachbarten bayrischen Maierhöfen. Die Ausbildung von künftigen Militärbeobachtern der Vereinten Nationen sei Teil davon.

„Ich habe hohen Respekt vor der Entscheidung der Menschen, die sich ohne Waffen zwischen verfeindete Fronten stellen und versuchen, mit Argumenten zu überzeugen und diese Aufgabe ohne Bedrohung zu erledigen“, sagte Gauck. „Es sieht aus wie eine Beobachtung, tatsächlich ist die Aktivität aber friedensstiftend.“

Bei dem Lehrgang trainieren rund 90 Soldaten aus mehr als 30 Nationen nachgestellte Szenarien aus bisherigen Einsätzen. Das Übungsgelände erstreckt sich auf baden-württembergischer und bayrischer Seite über das Westallgäu und den östlichen Bodensee sowie über Teile Österreichs und der Schweiz. Organisiert wird das Training, das Teil einer mehrwöchigen Ausbildung ist, vom Vereinte Nationen Ausbildungszentrum der Bundeswehr im bayrischen Hammelburg. Es gehe darum, Konfliktsituationen zu deeskalieren und mit Worten statt Waffen zu lösen, sagte der Sprecher des Zentrums, Martin Baumeister.

Erste jüdische Preisträgerin

Eugen-Biser-Preis für Charlotte Knobloch – Einsatz für demokratische Werte

München. (KNA) Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch (83), erhält den Eugen-Biser-Preis 2016. Sie ist die erste jüdische Preisträgerin der mit 5000 Euro dotierten Auszeichnung, wie die Eugen-Biser-Stiftung am Montag mitteilte. Die Laudatio bei der Verleihung am 12. September wird Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) halten, der den Preis 2012 erhielt. Auch Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, sollen sprechen.

Knobloch war lange Jahre Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses und steht an der Spitze der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Die Preisträgerin mache sich bis heute für eine zu-

kunftsorientierte Erneuerung jüdischen Lebens in Deutschland stark, heißt es in der Begründung des Stiftungsrates. In diesem Zuge habe sich das Judentum „auch über die engen Grenzen der Religionsgemeinschaft hinaus zu einer positiv fördernden Kraft für das Zusammenleben aller in unserem Land lebenden Menschen“ entwickelt. Dies gelte für Glaubende wie Nicht-Glaubende.

Gemeinsames Haus Europa

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit habe Knobloch die Lehre gezogen, dass ein Einsatz für die demokratischen Werte im eigenen Land nur dann nachhaltig sein könne, wenn damit eine Stärkung des gemeinsamen Hauses Europa einhergehe. Denn gerade die europäische Einheit gewinne ihre Identität aus dem Respekt vor der Pluralität ihrer

Mitglieder, so der Stiftungsrat. „Es gehört zu den Überzeugungen von Charlotte Knobloch, dass wir nur auf der Grundlage eines gemeinsamen demokratisch-pluralen Wertekonsenses in Deutschland und Europa die Konflikte mit fundamentalistischen und extremistischen Kräften bewältigen können.“

Der Biser-Preis wird in unregelmäßigen Abständen verliehen. Er erinnert an den katholischen Theologen und Priester Eugen Biser (1918 bis 2014). Geehrt werden Persönlichkeiten, die sich mit ihrem Wirken um jene Werte verdient gemacht haben, für die Biser eingetreten ist – nämlich für die Freiheit des Individuums, den Respekt der Menschenwürde und das gesellschaftliche Zusammenleben in „dialogischer Toleranz und die friedensfördernde Bedeutung der Religionen“.

Kurz notiert

Viele Briten wollen Deutsche werden

München. (dpa) Nach dem Brexit-Referendum für einen EU-Austritt steigt auch in München das Interesse von Briten an einer deutschen Staatsbürgerschaft. Seit der Abstimmung habe die Zahl entsprechender Anfragen massiv zugenommen, sagte ein Sprecher des Kreisverwaltungsreferats am Montag in München. Im Moment seien es mindestens 20 am Tag. Schon in den vergangenen Monaten habe die Zahl der Anfragen angesichts des bevorstehenden Referendums zugenommen, jetzt steige sie massiv. Eine ähnliche Entwicklung beobachten auch Behörden in vielen anderen deutschen Städten.

Bestnote für Bayerns Finanzen

München. (dpa) Weitere Top-Note für die bayerischen Staatsfinanzen: Nach Standard & Poor's hat auch die Ratingagentur Moody's dem Freistaat zum wiederholten Male die Bestnote verliehen. Begründet wurde dies unter anderem mit einem vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, der starken Wirtschaftskraft und der anhaltenden Fähigkeit,



Markus Söder. Archivbild: Götz

Staatsschulden zu reduzieren, wie das Finanzministerium am Montag in München mitteilte. „Bayern ist und bleibt finanzpolitisch die Nummer eins in Deutschland“, sagte Finanzminister Markus Söder (CSU) – und erinnerte zugleich an das Ziel der Staatsregierung, das Ausgabenwachstum auf maximal drei Prozent pro Jahr zu begrenzen.

Mehr Kita-Plätze als Kinder

Fürth. (dpa) In bayerischen Kitas gibt es mehr freie Plätze als zu betreuende Kinder. Anfang März waren vorläufigen Ergebnissen zufolge im Freistaat gut 533 000 Kinder in den Einrichtungen angemeldet, wie das Statistische Landesamt in Fürth mitteilte. Zur Verfügung standen mehr als 596 000 Plätze. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Plus von 2,1 Prozent. Die Zahl der betreuten Kinder stieg im Jahresvergleich um 2,6 Prozent auf 533 317. Mit knapp 60 Prozent bildeten Kinder zwischen drei und fünf Jahren die größte Gruppe. Gut 16 Prozent der Kinder waren jünger als drei Jahre.

Graßler führt Piraten im Bezirk

Regensburg. (nt/az) Die bisherige politische Geschäftsführerin Katharina Graßler ist neue Vorsitzende der Oberpfälzer Piratenpartei. Sie löst Thoralf Will ab. Beim Bezirksparteitag in Regensburg schwor Graßler die Mitglieder auf die bevorstehenden Wahlkämpfe ein. Der stellvertretende Vorsitzende Tobias Stenzel und Schatzmeister Steffen Heuer wurden in ihren Ämtern bestätigt.



ÖDP gründet Nachwuchsorganisation

Amberg. (nt/az) Unter dem Motto „Mia machen Zukunft“ will der ÖDP-Nachwuchs durchstarten. In Amberg wurden jetzt die Jungen Ökologen Oberpfalz gegründet. „Wir möchten Politik aktiv mitgestalten und eine Anlaufstelle für Menschen sein, die erkennen, dass sich auch bei uns politisch etwas

ändern muss“, beschreibt der neu gewählte Vorsitzende Jonas Brock aus Schwandorf die Ziele. Auf dem Bild von links: Felix Sailer, Karl-Heinz Binner, Leonie Peter, Andreas Neumann, Joachim Graf, Nadine Schuller, Klaus Mrasek, Wolfgang Peter, Nikolas Peter und Jonas Brock. Bild: hfz

Trotz Verbots

Weitere Stolpersteine für ermordete Juden verlegt

München. (dpa) Trotz des jüngst gerichtlich bestätigten Verbots für sogenannte Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete Juden sind in München weitere Messingplatten mit Namen von Opfern verlegt worden. Auf den Gedenktafeln werde an vier von den Nazis ermordete oder ins Exil gezwungene Juden erinnert, teilte die Initiative Stolpersteine für München mit. Bei der Verlegung der auf Privatgrund eingelassenen Tafeln kritisierten die Initiatoren am Montag erneut das Verbot der Stadt für Stolpersteine im öffentlichen Raum. Nach den Angaben wurden seit 1992 in 1600 Kommunen 57 000 Steine verlegt.

Der Münchner Stadtrat ist jedoch gegen die Verlegung von Stolpersteinen. Erst vor einem Monat bestätigte das Münchener Verwaltungsgericht das Verbot der Verlegung auf öffentlichem Grund. Auch die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, wendet sich dagegen.



Der Künstler Gunter Demnig verlegt zwei Stolpersteine zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten ermordeten Amalie und Joseph Schuster. Bild: dpa